



Protokoll der 30. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. September 2019, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 33 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Mägli Patrick (SP), Meschberger Dominique (SP), Oberholzer Natalie (GL), Schneider Domenic (CVP/EVP/GLP), Thommen Susanna (CVP/EVP/GLP)

Abwesend: Ratsmitglieder Büchi Verena (FDP) und Derungs Reto (SP)

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Ratssitzung vom 21. August 2019 <i>://: Das Protokoll wird mit einer geringfügigen Änderung genehmigt.</i>	-
2. Wahlbüro-Ersatzwahl <i>://: Einstimmige Wahl von Frau Andrea Scheidegger-Vogt für restliche Amtsperiode bis zum 30.06.2020 in das Wahlbüro.</i>	2019/153
3. Mailinglisten – Berichte Büro zum Verfahrenspostulat «Einfachere Protokollzustellung durch Mailinglisten» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Michael Durrer der Grünen Fraktion und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion <i>://: Vom Bericht des Büros wird einstimmig Kenntnis genommen und das Verfahrenspostulat als erfüllt abgeschrieben.</i>	2019/124 2019/124a
4. Energieleitbild 2030 – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) <i>://: Gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK wird das Energieleitbild 2030 einstimmig zur Kenntnis genommen.</i>	2019/130 2019/130a
5. Ortsbus – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) zu «Nichtformulierten Volksinitiative betreffend einen Ortsbus in die Quartiere Sichertern und Langhag/Hanro» <i>://: Der stadträtliche Antrag für einen 3-jährigen Probebetrieb für einen Ortsbus in die Quartiere Sichertern und Langhag/Hanro wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. ://: Der Antrag des Stadtrates für die Bewilligung der Bruttokosten von total 1'430 TCHF (inkl. MWSt) zu Lasten der Einwohnerkasse, verteilt über 3 Jahre, wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.</i>	2019/138 2019/138a
6. Polizeireglement (ESL 700.1), Totalrevision <i>://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Vorberatung überwiesen.</i>	2019/154

7. Stadthalle Liestal - Bericht Stadtrat zum Postulat «Eine Stadthalle für Liestal" von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion 2017/43
://: *Der stadträtliche Bericht zum Postulat wird einstimmig zur Kenntnis genommen und das Postulat einstimmig als erfüllt abgeschrieben.* 2017/43a

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) heisst die Ratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur September-Sitzung willkommen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro wird folgende Mitteilung gemacht:

- Als neues Ratsmitglied wird speziell Reto Pusterla (FDP) zur heutigen Sitzung willkommen geheissen.
Daniela Reichenstein (FDP) stellt den neuen Fraktionskollegen vor: Er ist 45 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder. Er ist in Basel geboren, dort aufgewachsen und zur Schule gegangen, bevor er nach Liestal kam. Er hat Biologie studiert und ist nach weiteren Weiterbildungen und mehreren Jahren bei der Firma Stratec in Oberdorf seit 2014 nun bei der Firma Camlog Implantate tätig. Er ist sehr sportlich und nach erfolgreichen Jahren als Aktiver nun Coach bei OL-Läufern sowie Vizepräsident des Unterstützungsvereins für die Nachwuchsförderung in der Nordwestschweiz. Er ist immer noch aktiv als Ausdauersportler und spielt zudem noch Klarinette in der Musikgesellschaft Seltisberg.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, orange
- Vorlagen Nr. 2019/155, Nr. 2019/157 - Nr. 2019/160 (neue Vorstösse)

Neue persönliche Vorstösse

- Toilettenanlage Sichertern - Postulat «Öffentliche Toilettenanlage auf Sichertern» von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion (Nr. 2019/155)
- Solaranlagen - Postulat «Förderbeiträge an private Solaranlagen» von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2019/157)
- Food Waste - Interpellation «Eine kleine Massnahme gegen Food Waste» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/158)
- Kreisel - Postulat betreffend Klimaverbesserung durch die Umgestaltung von Kreuzungen in Kreisel von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2019/159)
- Plauder-Bänkli - Interpellation «Ein Plauder-Bänkli gegen die Einsamkeit» von Lisa Faust der Grünen Fraktion (Nr. 2019/160)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|---------------------------------|--|
| - Salathe Andreas (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Quensel Marianne (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Fabian Eisenring (SP) informiert als FIKO-Präsident darüber, dass die Finanzkommission am 27. Juni 2019 entschieden hat, das Vertragsverhältnis mit der Firma ROD Treuhand AG zu kündigen, da man mit dieser doch seit 2003 zusammen gearbeitet hatte und die FIKO der Meinung war, dass man nach 16 Jahren doch einmal eine andere Revisionsfirma mit der Rechnungsprüfung beauftragen sollte. Den Zuschlag für die künftige Revision hat die Firma BDO AG in Liestal erhalten.

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zur Traktandenliste keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird einstimmig gemäss Einladungsschreiben vom 12. September 2019 beschlossen.

252 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 21. August 2019

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) erklärt, dass das Büro die Genehmigung des Protokoll-les vom 21. August 2019 mit folgender Änderung beantragt:

Mitteilung Ratsbüro - Vorstellung von Ratskollegin Susanne Thommen

... Sie hat 4 Kinder und 3 Enkelkinder ...

Er kann feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 21. August 2019 wird mit der beantragten und vorgeschlagenen Berichtigung vom Rat einstimmig genehmigt.

253 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Wahlbüro-Ersatzwahl (Nr. 2019/153)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist, der Rat über den Wahlvorschlag offen abstimmen wird und zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der FDP Liestal wird einstimmig Andrea Scheidegger-Vogt, geb. 1986, Gartenstrasse 8, als Wahlbüromitglied für die restliche Amtsperiode bis zum 30. Juni 2020 gewählt.

254 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Mailinglisten – Berichte Büro zum Verfahrenspostulat «Einfachere Protokollzustellung durch Mailinglisten» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Michael Durrer der Grünen Fraktion und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion (Nr. 2019/124a)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Nun können sich die Postulanten zum Bericht des Büros gemäss Vorlage Nr. 2019/124a äussern.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt als Postulant dem Büro und Ratsschreiber für die wohlwollende Prüfung des Vorstosses sowie die weitgehende Umsetzung desselben. Der Gebrauch der Mailinglisten scheint ja zu klappen, was ja erfreulich ist. Schade ist nur, dass die Mutationen wegen der technischen Infrastruktur nur vom Ratsschreiber zusammen mit dem IT-Dienstleister und nicht von den Ratsmitgliedern selbst erledigt werden können. Er kann der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Michael Durrer (GL) dankt als Mitverfasser des Postulates ebenfalls für die Umsetzung des Begehrens und kann sich ebenfalls damit einverstanden erklären, dass das Verfahrenspostulat als erfüllt abgeschrieben wird.

Hanspeter Meyer (SVP) merkt als Postulant an, er habe keine Ergänzungen zu machen und stimme dem Antrag des Büros ebenfalls zu.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom Bericht des Ratsbüros gemäss Vorlage Nr. 2019/124a und schreibt das Verfahrenspostulat als erfüllt ab.

255 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Energieleitbild 2030 - Bericht der Bau- und Planungskommission (Nr. 2019/130)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Thomas Eugster (FDP) stellt den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2019/130a vor: Liestal ist seit 2008 Energiestadt und mit der Erstellung eines Energieleitbildes können die Handlungsfelder der nächsten 10 Jahre aufgezeigt werden, welche zu bearbeiten sind. Vieles ist, unabhängig vom vorliegenden Leitbild, bereits umgesetzt worden. Die BPK empfiehlt, dass die Energieleitbild-Massnahmen im Entwicklungsplan, Budget sowie Amtsbericht thematisiert werden. Dem Rat wird die Kenntnisnahme des Energieleitbildes 2030 beantragt.

Peter Küng (SP) legt dar, dass seine Fraktion das Leitbild gut finde und auch die Empfehlungen der BPK unterstütze. Dem Stadtrat möchte man aber die Empfehlung mitgeben, dass die Energiekommission nicht nur aus Technokraten besteht, sondern in diese vermehrt auch Leute aus dem Einwohnerrat sowie aus der Bevölkerung gewählt werden sollten.

Peter Bürgin (FDP) bemerkt, dass Liestal mit Recht das Label "Energiestadt" verdient, da nebst den Rezertifizierungen in den Jahren 2012 und 2016 doch schon einige Massnahmen umgesetzt wurden, welche ja im BPK-Bericht aufgeführt sind. Auch der FDP-Fraktion ist es wichtig, dass dem Energieleitbild in den stadträtlichen Vorlagen wie Entwicklungs- und Finanzplan, Amtsbericht usw. mehr Raum gegeben über geplante und bereits umgesetzte Energiesparmassnahmen berichtet wird. Auch seine Fraktion stimmt dem BPK-Antrag vollumfänglich zu.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) erklärt, der Mittefraktion gefalle es insbesondere, dass im Dokument verschiedene Leitsätze zu verschiedenen Themen enthalten sind. Im Leitbild wird zukunftsorientiert und umfassend informiert.

Hanspeter Zumsteg (GL) äussert, dass der drohende Klimakollaps nun doch auch endlich weltweit bei den Entscheidungsträgern von Wirtschaft und Politik angekommen ist. Und so hatte beispielsweise UNO-Generalsekretär an der UNO-Klimakonferenz in New York gesagt, dass wir dringend unseren Lebensstil ändern müssen, ansonsten wir das Leben selbst auf das Spiel setzen würden. Bei der CO2-Debatte war sich der Ständerat mit Ausnahme einer Partei einig, dass die Schweiz jetzt nun auch Verantwortung übernehmen muss. Bereits im Frühjahr hatte der Einwohnerrat Liestal mit einer Resolution den Klimanotstand ausgerufen. Mit dem nun vorliegenden Leitbild legt der Stadtrat die Richtschnur für die kommunalen Energieentscheidungen vor. Mit dem heute eingereichten Vorstoss Nr. 2019/157 sollen die privaten Solaranlagen gefördert werden und anschliessend wird im Zusammenhang mit der Mobilität auch die Ortsbus-Initiative behandelt. Analog der BPK fordert auch seine Fraktion, dass der Stadtrat konkreter über die Umsetzung geplanter Energiesparmassnahmen informieren soll. Diese sollen in den Budgets und Entwicklungsplänen konkreter abgebildet werden. Seine Fraktion nimmt das Energieleitbild positiv zur Kenntnis.

Markus Rudin (SVP) teilt mit, dass auch die SVP-Fraktion vom Energieleitbild einstimmig Kenntnis nehmen wird. Ungeachtet der zahlreichen Vorstösse macht die Stadt Liestal als Energiestadt doch schon heute bereits viel zu Gunsten von Energiesparmassnahmen.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die positiven Rückmeldungen sowie Empfehlungen. Betreffend der Anregung im Zusammenhang mit der personellen Zusammensetzung der Energiekommission möchte er doch festhalten, dass es sich dabei um eine Fachkommission

handelt, denn die zu beratenden Kommissionsgeschäfte verlangen halt schon Ingenieurwissen und Fachkenntnisse. Im Leitbild sind Leitsätze enthalten, die die Stadt selbst betreffen. So steht man im Zusammenhang mit Gebäudesanierungsmassnahmen in einer grösseren Pflicht. Erwähnen möchte er bei dieser Gelegenheit auch das aktuelle Bauvorhaben der EBL, mit welchem man bei der Zentralwäscherei auf Holzschnitzel umsteigen wird. Bei der Wärmeerzeugung wird der Holzanteil von 40 Prozent auf neu 80 Prozent erhöht. Solche Umstrukturierungen und Verbesserungen sind bereits eingeleitet worden, bevor die ganze Klimapolitik tagtäglich thematisiert wurde.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt das Energieleitbild 2030 einstimmig zur Kenntnis.

256 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Ortsbus-Initiative – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) zu «Nichtformulierten Volksinitiative betreffend einen Ortsbus in die Quartiere Sichertern und Langhag/Hanro» (Nr. 2019/138)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) informiert eingangs über den Ablauf sowie besondere Gegebenheiten im Zusammenhang mit der Beratung sowie Beschlussfassung des nicht ganz einfachen Geschäftes. Bei allfälligen Unklarheiten wird er gegebenenfalls ein Timeout zur Beratung des weiteren Vorgehens einschalten. Gemäss stadträtlichen Information sieht das Initiativkomitee bei einer Gutheissung der stadträtlichen Anträge die Initiative als erfüllt an. Den Ablauf sieht er wie folgt vor:

- Eintreten
- Vorstellung BPK-Bericht
- Fraktionssprecher
- Einzelsprecher
- Stadtrat
- Beratung und Abstimmung über Anträge

Stadtrat Franz Kaufmann erklärt, dass der Stadtrat beim Initiativkomitee nicht angefragt habe, ob mit den stadträtlichen Anträgen die Initiative umgesetzt würde.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) berichtet, dass er vom Stadtverwalter die Auskunft erhalten habe, dass mit der stadträtlichen Vorlage die Initiative erfüllt werde. Es kann aber auch sein, dass es sich bei der erhaltenen Information um ein Missverständnis handelt, welches vielleicht noch im Verlaufe der heutigen Sitzung geklärt werden kann.

- *Eintreten*

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

- *Vorstellung BPK-Bericht*

Thomas Eugster (FDP) hält die wichtigsten Punkte des Berichtes der Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Schwerpunkte gemäss Vorlage Nr. 2019/138a fest: Für den Kanton und auch die Gemeinden gibt es keine Erschliessungspflicht, weshalb die Folgekosten für einen Ortsbus vollumfänglich von der Gemeinde zu übernehmen sind. Für die BPK sind die vom Stadtrat vorgeschlagenen Betriebszeiten sowie die Dauer des 3-jährigen Pilotbetriebs nachvollziehbar, um schlussendlich verlässliche Aussagen sowie Werte haben zu können. Ein grosser Diskussionspunkt war die Linienführung. Die Linienführung Richtung Sichertern gemäss stadträtlichem Vorschlag war eigentlich unbestritten. Bezüglich der Linienführung Richtung Langhag und Hanro wurden unterschiedliche Meinungen betreffend den verschiedenen Varianten vertreten, welche im BPK-Bericht auch festgehalten sind. Die Variante 1 hatte schlussendlich in der BPK obsiegt. Da ja der Ortsbusbetrieb im Tarifverbund eingebunden ist, würden auch die beauftragten Busbetriebe der sogenannten Transportpflicht unterstehen, weshalb beispielsweise niemand von der Fahrt ausgeschlossen werden darf. Vom Initiativkomitee werden Kleinbusse für den Ortsbus-Betrieb erwähnt, in der stadträtlichen

Vorlage werden aber grosse Busse vorgeschlagen. Nach weiteren Abklärungen konnte man schlussendlich feststellen, dass die Kosten beim Vergleich von grossen und kleinen Bussen praktisch unrelevant sind. Einzig die Betriebskosten sind beim Kleinbus rund CHF 3'000.-- günstiger. Auch betreffend der Ökobilanz sind Detailabklärungen getroffen worden. Würden zahlreiche Personen vom MIV auf den Ortsbus umsteigen und diesen für längere Fahrten benützen, so würde die Ökobilanz ausgeglichen oder gar positiv sein. Die Kosten für den Pilotbetrieb während drei Jahren würden sich auf rund CHF 1,43 Mio. belaufen. Bei einer definitiven Ortsbus-Einführung würden noch zusätzliche Investitionen für 8 neue Haltestellen zu je CHF 30'000.-- anfallen. Und bei der definitiven Einführung müsste der Auftrag auch ausgeschrieben werden, wobei bei dieser Gelegenheit auch die Kleinbus-Variante offeriert werden sollte. Als Fazit kann festgehalten werden, dass die BPK mehrheitlich der Meinung ist, dass die hohen Kosten den Nutzen wesentlich übersteigen und ein Ortsbus zu teuer ist. Ein wesentlicher Punkt ist auch, ob denn die Nachfrage nach einem Ortsbus schlussendlich auch so gross sein wird, wie dies teilweise prognostiziert wird. Auch der Trend zur vermehrten E-Bike-Verwendung und die Konsequenzen auf die künftige Mobilität können schwer abgeschätzt werden. Schlussendlich beantragt die BPK unter Berücksichtigung der bevorzugten Variantenwahl mit grossem Mehr die Einführung des Ortsbus-Probetriebes abzulehnen. Die 3 BPK-Anträge sind auf Seite 5 der Vorlage Nr. 2019/183a formuliert.

▪ *Fraktionssprecher*

Peter Küng (SP) hält eingangs fest, dass er aus ökologischen Gründen keinen Fahrausweise besitze und nebst verschiedenen anderen Gründen auch ein persönliches Interesse an einem Ortsbus-Angebot habe. In Liestal werden in Kürze rund eine halbe Milliarde beim neuen Bahnhof investiert und die SP-Fraktion setzt sich für einen weiteren öV-Ausbau ein. Auch sollte der öffentliche Verkehr im ganzen Kanton mit Steuergeldern finanziert werden. Das erfolgreiche Regionalbusnetz von Liestal könnte mit dem Ortsbus sinnvoll ergänzt werden. Die BPK-Diskussion ist nicht optimal verlaufen und seine Fraktion bevorzugt nach wie vor die Variante 2, weshalb auch ein entsprechender Antrag eingereicht wird. Mit der Variante 2 würde nebst dem Frenkenareal auch das grosse Entwicklungsgebiet Nord auf der Achse Ziegelhof - Gestadeck - Rosenstrasse und beispielsweise auch der Pfauenhof sowie die Sportanlagen Gitterli erschlossen. Das NKL in Liestal ist erfolgreich und bekannt, verkehrstechnisch aber nicht gerade gut erschlossen. Im Gebiet Ziegelhof/Gestadeck/Erzenberg gibt es noch viele neue Wohnungen, welche verkehrstechnisch ebenfalls besser erschlossen sein sollten. Die vom Initiativkomitee vorgeschlagene Variante 1 ist eine Lösung für wenige, aber nicht für alle, denn das Langhag-Gebiet ist beispielsweise zu wenig dicht besiedelt. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Variante 3 hat den grossen Nachteil, dass es keine Rundkurse gibt, welche beispielsweise beim Regionalbus bereits erfolgreich umgesetzt wurden. Die Variante 3 ist für seine Fraktion deshalb nur die zweitbeste Variante. Betreffend der Busgrösse und Ökologie kann man feststellen, dass von den beiden grössten Bus-Dienstleistern der Region die letzten Investitionsentscheide ganz klar zu Gunsten von Hybrid- und Elektrobusen gefällt wurde. Mit der neuen Lenkungsabgabe wird die Umstellung auf Oekobusse wohl schneller kommen, als wir denken. Wir brauchen nicht nur eine Energie-, sondern auch eine Mobilitätswende für die Zukunft. Die Einwohnergemeinde Liestal überweist jährlich rund eine halbe Million an die Bürgergemeinde Liestal und dieser Betrag entspricht mehr oder weniger dem jährlichen Aufwand für den Ortsbusbetrieb. Seine Fraktion will den Ortsbus und wird dem dreijährigen Pilotbetrieb zustimmen.

Dominik Beeler (GL) äussert, das Initiativkomitee habe vor rund 3 ½ Jahren die Ortsbus-Initiative mit fast 550 Unterschriften eingereicht. Das Thema Ortsbus brennt unter den Nägeln und ist ein grosses Bedürfnis. Es kann nicht sein, dass man wie in einer Stadt wie Liestal nicht ohne Auto leben kann und gerade ältere Leute und Familien in Aussenquartieren sind auf einen Ortsbus angewiesen. Wichtige Institutionen wie das Alters- und Pflegeheim Frenkenbündten, das Schulhaus und die Sportanlage Frenken, das Hanro-Areal usw. könnten mit einem Ortsbus gut erschlossen werden. Klimanotstand und die ganzen Parkplatzdis-

kussionen dürften weitere Gründe dafür sein, dass alle an einem öffentlichen nachhaltigen Verkehr interessiert sein dürften. Und so hatte es schon erstaunt, dass die bürgerlichen Parteien das Geschäft schon gar nicht an die BPK zur Vorberatung überweisen wollten. Auch seine Fraktion möchte einen nicht bezahlbaren und nicht genutzten Ortsbus in Stein meisseln, doch sollte man einen solchen zumindest in einem Testbetrieb prüfen und dann weitere Massnahmen nach Vorliegen der Ergebnisse beschliessen. Viele kleinere Gemeinden haben bereits bewiesen, dass man einen Ortsbus stemmen kann, wenn man auch etwas kreativ ist bei den Lösungen. Seine Fraktion hofft deshalb, dass man heute eine Lösung finden wird. Dem ersten BPK-Antrag wird seine Fraktion zustimmen, die beiden anderen Anträge hingegen ablehnen. Die Grüne Fraktion wird gegebenenfalls auch noch einen Antrag für eine Testphasen-Verkürzung einreichen.

Daniela Reichenstein (FDP) orientiert, ihre Fraktion werde diesem Geschäft nach wie vor nicht zustimmen. Anfänglich hatte sie bei der Unterschriftensammlung die Ortsbus-Idee durchaus noch als prüfenswert und gut empfunden. Dies, da man nicht auf Biegen und Brechen einen Ortsbus gefordert hatte und zuallererst den Nutzen und Bedarf eines Ortsbusses abklären wollte. Nach weiteren Abklärungen und Vorliegen des BPK-Berichtes findet sie das Ortsbus-Projekt keine gute Lösung. Dies nicht wegen der Linienführung alleine, sondern basierend auf dem Resultat des Kommissionsberichtes, wonach das Kosten- und Nutzenverhältnis schlecht ist, es keine nachhaltige Lösung ist, die Passagierzahlen wohl relativ gering sein werden, die vom Initiativkomitee geforderte Kleinbus-Lösung gar nicht umgesetzt werden kann usw. Zudem wissen wir bereits heute, dass Liestal bereits ab nächstem Jahr im Zusammenhang mit der Steuervorlage 17 rund 2 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen haben wird. Es ist deshalb völlig unverhältnismässig, wenn wir heute 1,5 Mio. Franken für den Ortsbus-Pilotversuch bewilligen, von welchem nur ein sehr kleiner Bevölkerungsanteil profitieren kann. Diesen Luxus können wir uns heute schlicht und einfach gar nicht leisten. Auch stimmen wir heute über eine Vorlage ab, die auf dem Ist-Zustand basiert und nicht auf Prognosen mit Hybrid- und Elektrobussen beruht. Deshalb wird auch die Oekobilanz nicht stimmen. Es wäre deshalb gar verantwortungslos, würde man dem Ortsbus-Betrieb zustimmen. Die Initianten müssten sich wohl gar überlegen, ob Sie die Initiative angesichts der neuen Erkenntnisse wirklich noch aufrecht erhalten möchten.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) findet, dass es bei diesem Geschäft doch viele Widersprüche gebe. Sie selbst spreche sich grundsätzlich auch für die Förderung des öffentlichen Verkehrs aus, wenn er von allgemeinem Nutzen ist. Beim diskutierten Ortsbus-Projekt profitieren aber nur gerade zwei Quartiere davon und man weiss auch nicht, ob die Schüler oder Quartierbewohner mehr profitieren würden. In beiden Quartieren hat es eine Schule, jedoch wenige Anwohner. Und so ist sie ebenfalls der Meinung, dass der öffentliche Verkehr für alle und nicht nur für wenige sein soll. Die Durchsetzung der Transportpflicht dürfte zudem insbesondere in den Spitzenzeiten äusserst schwierig werden und die Bereitstellung von zusätzlichen Bussen ist in der Vorlage ja nicht berücksichtigt. Die meisten Ortsbus-Benützer werden wohl diejenigen sein, die bereits heute als Fussgänger und nicht als Autofahrer unterwegs sind, was ja ökologisch nicht unwichtig ist. Man weiss, dass ganz allgemein der öffentliche Verkehr für Leute in der Ausbildung ist, da sich diese noch kein Fahrzeug leisten können. Zudem für ärmere Leute, von denen es in den beiden Quartieren wohl keine oder nur sehr wenige geben wird. Auch ältere Leute und Ausländer sind gemäss Statistik weitere öV-Benützer. Schlussendlich muss man bilanzieren, dass vom geplanten Ortsbus in die beiden Quartiere schergewichtig wohl nur die Schüler profitieren werden. Mit der stadträtlichen Vorlage werden die Forderungen der Initianten erfüllt. Als Alternative und wohl günstigere Variante könnte ja beispielsweise auch noch ein Ruftaxi geprüft werden, was es in Pratteln bereits gibt. Dort kann ein solches Ruftaxi aufgeboden werden, wenn man mindestens 300 Meter von der nächsten öV-Haltestelle wohnt. Bei allen Vor- und Nachteilen muss man aber doch angesichts der Folgekosten feststellen, dass sich Liestal im Moment keinen Ortsbus leisten kann, weshalb die Mittefraktion schweren Herzens keine Unterstützung zusichern kann. Im Zusammenhang mit der Rundkurs-Linienführung ist festzuhalten, dass diese zwar ganz viele Orte und Gebiete abdecken können, diese sind aber gemäss verschiedenen Studien zu

wenig attraktiv. So würde wohl beispielsweise ein NKL-Besucher kaum mit dem Ortsbus auch noch das Langhag-Quartier durchfahren wollen. Rundkurs-Linienführungen sind deshalb in den allermeisten Fällen schlechte Lösungen.

Markus Rudin (SVP) dankt namens der SVP-Fraktion dem Stadtrat, der Verwaltung und auch der BPK für die umfangreichen Abklärungen im Zusammenhang mit der Ortsbus-Initiative. Bereits bei der Überweisung der Initiative hatte sich die SVP-Fraktion gegen das Initiativbegehren ausgesprochen und auch bei den übrigen Fraktionen ist es wohl nach den zahlreichen Abklärungen und Beratungen zu keinen Meinungsänderungen gekommen. Vielmehr mussten die Ortsbus-Befürworter einige Aspekte zur Kenntnis nehmen, welche gegen einen Ortsbus sprechen. Der Ortsbus dürfte schlussendlich auch mehrheitlich von Schülern und nicht von Quartierbewohnern vom Sichertern- und Langhagquartier benützt werden, was ja auch nicht die Absicht des Initiativkomitees ist. Und auch seine Fraktion kann die Aussage unterstützen, dass sich Liestal einen Ortsbus im Moment gar nicht leisten kann. Gemäss seinen Berechnungen dürfte sich zudem der Dieserverbrauch alleine für den dreijährigen Probetrieb auf rund 200'000 Liter belaufen. Heute konnte man in der Zeitung lesen, dass in Binningen ein Ruftaxi eingerichtet wird und sich der finanzielle Aufwand dafür auf rund CHF 20'000.-- im Jahr beläuft. Vielleicht wäre die Ruftaxi-Variante auch für Liestal eine prüfungswerte Lösung. Seine Fraktion spricht sich gegen den BPK-Antrag 4.1 aus, unterstützt aber die Anträge 4.2 und 4.3 der BPK.

▪ *Einzel Sprecher*

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, er lebe ja im Langhagquartier und unterstütze den Ortsbus, betrachtet er alleine seine eigenen Bedürfnisse. Das Initiativkomitee hat ja auch die Absicht, dass diejenigen Quartiere mit einem Ortsbus bedient werden, welche ja öV-mässig am schlechtesten erschlossen sind. Die von der SP-Fraktion favorisierte Linienführung muss er einfach als Blödsinn beurteilen, denn diese Linie ist ja in den früheren Jahren grösstenteils vom 78er-Bus befahren worden. Die CVP hatte bereits vor Jahren verlangt, dass der 78er-Bus wieder dort die Rosenstrasse durchfährt, was aber abgelehnt wurde. Und nun soll genau dieser Bus im Viertelstunden-Takt fahren? Es dürfte ja wohl nicht zu schwierig sein, dass zumindest 2 der 4 Kurse das Rosenquartier usw. bedienen. Dieses Gebiet würde zum Nulltarif vom öffentlichen Verkehr optimal erschlossen. Das Frenkenbündten-Quartier wird ja bereits heute durch die Buslinien 70, 71, 76 und die Waldenburgerbahn erschlossen und dies sollte eigentlich genügen. Auch wird der Initiativwille schon etwas missachtet, wenn dem Parlament Vorschläge unterbreitet werden, welche mit der Initiative nicht deckungsgleich sind. Diese sind vom Initiativkomitee gar unterstützt worden, nur damit der politische Vorstoss noch irgendwie gerettet werden kann. Man stelle sich vor, dass man beispielsweise mit einer Initiative 2 - 3 Intercity-Halte zusätzlich für Liestal verlange und dann die Antwort erhalte, dass zusätzliche Fernverkehrszüge in Gelterkinden und Pratteln halten werden, weil davon mehr Leute profitieren würden. Genau so möchte es nun die SP-Fraktion mit der Ortsbus-Initiative machen. Der Initiativwille ist klar und es dürfte für die Unterzeichnenden zweitrangig sein, ob ihr Wunsch mit einem kleinen oder grossen Bus erfüllt würde. Damit kommt für ihn nur eine Linienführung in Betracht, die das Langhag-Quartier neben dem Sichertern-Quartier erschliesst. Ob dies nun mit einem Rundkurs oder gemäss vorgeschlagenen BPK-Variante 1 passiert, ist ihm egal, zumal man ja Kompromisse eingehen kann. Als Anwohner könnte auch er von dem Ortsbus profitieren und doch ist er heute nicht da, um hier seine persönlichen Partikularinteressen oder Interessen seiner Nachbarn und Quartierbewohner zu vertreten, obwohl dies vor dem Wahlkampf schädlich sein könnte. Als Einwohnerrat muss er schauen, was für Liestal insgesamt die beste Lösung ist. Und die Frage, ob Liestal sich den Ortsbus leisten kann, muss er ebenfalls verneinen. Man rechnet damit, dass nur gerade etwa vier Anwohner durchschnittlich den Ortsbus benützen, was rund 50'000 Fahrgäste im Jahr ausmachen dürfte. Und wenn man dies auf die jährlichen Kosten von rund einer halben Million Franken umrechnet, kommt man auf einen Betrag von CHF 10.-- pro Fahrt und Person.

Für diesen Betrag könnte man ja auch Taxi-Gutscheine abgeben, welche individuell beispielsweise auch an einem Sonntag eingelöst werden könnten, wenn der Ortsbus nicht fährt. Das Einsparpotential dürfte ganz erheblich sein und doch könnte man dann auch wieder die Meinung vertreten, dass es unfair ist, wenn nur gewisse Leute in gewissen Quartieren solche Taxi-Gutscheine erhalten würden. Es gibt sicher günstiger Alternativen als die Ortsbus-Variante. Und die Einwohner in solchen Quartieren waren sich beim Zuzug der Konsequenzen auch bewusst. Er selber hat eine schöne Aussichtung ins Grüne und dies ist nur am Rand von Liestal möglich, doch hat er diese Lage absichtlich gewählt. Ihm waren die Vorteile der Wohnlage bekannt und so wird er wohl keine berechtigten Forderungen nach einem Ortsbus stellen können, da er sich schon beim Zuzug bewusst war, dass er keinen öV-Anschluss vor der Haustüre hat. In solchen Aussenquartieren leben wohl hauptsächlich Leute, die sich andere Mobilitätsformen leisten können und trotz dem öV-Angebot nicht darauf verzichten möchten. So kann man ja auch nicht zu einem Schnäppchenpreis ein Haus in einer Flugschneise eines Flughafens erwerben und sich dann über den Fluglärm beklagen. Der grosse Betrag von 1,5 Mio. Franken lässt sich nicht rechtfertigen, zumal man bei der aktuellen Finanzlage von Liestal auch das Machbare vom Wünschbaren unterscheiden muss. Ein Ortsbus würde gar noch raumplanerische Nachteile mit sich bringen, weil damit Wohnformen zementiert werden, welche gar nicht gewünscht sind, indem beispielsweise ältere und alleinstehende Einwohner dank guten öV-Anschlüssen keinen Grund dazu haben dürften, ihre grösstenteils unbenutzte Liegenschaft einer jüngeren Generation zu überlassen. Wenn man verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgehen will, muss man den Ortsbus-Lösungsvorschlag ablehnen, selbst wenn man davon persönlich auch profitieren könnte.

Michael Durrer (GL) legt dar, dass ihm persönlich der Ortsbus nichts nutzen würde. Die Bedürfnisse der Leute sind unterschiedlich und so habe er hier im Rat in den letzten Jahren bei verschiedenen Geschäften wie der Kunstrasen-Ersatzanschaffung, der Schwimmbad-Sanierung, der Finanzierung von Parkhäusern usw. mehreren Millionen Franken zugestimmt, wovon er kein einziges Mal auch nur ansatzweise davon profitieren konnte. Mit 550 Unterschriften wurde die Ortsbus-Pilotphase verlangt und anhand dieser Unterschriftenanzahl muss man wohl konstatieren, dass der Ortsbus doch ein Bedürfnis der Bevölkerung ist. Dass bereits an der heutigen Sitzung Zahlen genannt und Vermutungen angestellt wurden, bevor die Pilotphase überhaupt gestartet wurde, irritiere ihn etwas. Genau mit der verlangten Pilotphase könnten verschiedene praktische Erfahrungen gesammelt sowie weitere Detailabklärungen getroffen, Änderungen und Anpassungen vorgenommen werden, bevor man dann gegebenenfalls das Projekt definitiv umsetzen würde. Die Kostenfrage ist in seiner Fraktion ebenfalls diskutiert worden und da bei unzähligen Pilotprojekten bereits nach zwei Jahren genügend Informationen für die Entscheidungsfindung gesammelt werden könnten, stellt seine Fraktion den Antrag, dass der Probetrieb auf 2 Jahre reduziert wird und die Bruttokosten auf TCHF 960 reduziert werden.

Lisa Faust (GL) erklärt, dass sich Meret Franke als Mitglied des Initiativkomitees und ehemalige Einwohnerrätin zum Geschäft wie folgt äussert: In Liestal sind zwei Quartiere nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen, dass heisst, dass man dort fast zwingend auf ein Auto angewiesen ist. Mehr Autoverkehr beeinträchtigt die Sicherheit der Fussgänger, so beispielsweise diejenige der Schüler auf dem Schulweg massiv. Ausserdem erzeugt ein Autofahrer im Durchschnitt 4 - 5 mal so viel Treibhausgasemissionen wie ein Busfahrgast. Busfahren ist gesünder, sicherer, sozialer, stressfreier und erst noch besser für die Umwelt. Auf den Bus umsteigen können die Leute aber erst, wenn es einen gibt. Für den Fortschritt muss sich Liestal auch etwas leisten. Auch wenn es auf den ersten Blick zu teuer erscheint, sei sie sicher, dass sich ein Ortsbus langfristig auszahlt.

Sie persönlich habe mit einer vorgängig gemachten Aussage eines Votanten doch ihre Mühe, wonach ältere Leute aus den Quartieren in ein Altersheim umziehen sollen, wenn sie nicht mehr so mobil sind. Man sollte auf ältere Leute doch besser eingehen und zudem haben auch viele der jüngeren Generationen die Initiative unterschrieben.

Fabian Eisenring (SP) erklärt, dass er ein Fan der Standortförderung von Liestal ist. Dazu gehört nicht alleine einfach der Ausbau von Gebäuden und die Bewilligung zahlreicher Quartierplanungen durch den Einwohnerrat, sondern auch der Ausbau der Infrastruktur. So ist doch auch die ganze Vernetzung der verschiedenen QP's äusserst wichtig. Auch ihn überrasche es schon etwas, welches Wissen im Rat anscheinend bereits vor dem Pilotprojekt vorhanden ist, wie man Kosten und Nutzen schon genau gewichten kann, man heute schon weiss, wie viele Fahrgäste im Ortsbus sitzen werden, welche Route gefahren und mit welchem Takt gefahren wird usw. Genau solches Wissen dürfte doch wirklich erst nach Abschluss des Pilotprojektes vorhanden sein. Er selbst befürworte den Antrag der GL-Fraktion für eine günstigere zweijährige Pilotphase. Und sollte der Ortsbus wirklich definitiv eingeführt werden, so würde dann der Betrieb dieser Buslinien sowieso noch zur Offertstellung ausgeschrieben und dabei dürften wohl auch innovative Lösungen angeboten werden.

Bernhard Bonjour (SP) äussert, er sei durchaus kein öV-Spezialist und habe sich mit all den Variantenvorschlägen nicht im Detail auseinander gesetzt. Man kann ja durchaus unterschiedliche Sichtweisen haben, doch die Argumente sollten ehrlich, hieb- und stichfest sein. Auch begreife er, wenn man die Finanzen in den Vordergrund stellt. Was er hingegen nicht begreife und was er klar zurückweisen möchte, sind Verantwortungslosigkeits-Vorwürfe an diejenigen, die eine andere Meinung vertreten. Auch im Zusammenhang mit der gemachten Aussage einer Fraktionssprecherin habe er Mühe, dass es Widersprüchlichkeiten in der Vorlage gebe. Und nur weil es bei den einzelnen Lösungsvarianten Dafür und Dagegen gibt, ist es noch lange kein Argument dafür, dass man nichts mehr macht und alles bleiben lässt. Auch sind es nicht nur ältere Leute, die nicht mehr so mobil sind und beispielsweise kein Auto haben. Es gibt nämlich Leute, die ganz bewusst auf ein Auto verzichten und beispielsweise aus diesem Grund einen Ortsbus befürworten. Und die Empfehlung eines Vorredners, dass ältere Leute von den Aussenquartieren in eine Alterswohnung oder in das Altersheim im Zentrum zügeln sollen, finde er schon eine etwas ungeheure Aussage. Wo bleibt der Stolz von Liestal, wenn man als Gemeinwesen und Stadt den 550 Personen, welche einen Ortsbus wollen, einfach erklärt, dass ihr Wunsch zu teuer ist oder dass man ihnen den Umzug empfiehlt, wenn sie aus irgendwelchen Gründen in den Quartieren nicht mehr mobil sind? Solche Haltungen verstehe er nicht und es werden auch zu viele Argumente aufgeführt, welche gar nicht stichhaltig sind.

Sonja Niederhauser (CVP)/EVP/GLP stimmt ihrem Vorredner zu, dass auch für sie Widersprüche keine Gründe dafür sind, etwas abzulehnen. Mit der von ihr gemachten Aussage wollte sie lediglich festhalten, dass es Punkte und Argumente gibt, die für und gegen einen Ortsbus sprechen, welche dann auch abzuwägen sind. Auch ist sie der Meinung, dass alles Mögliche getan werden muss, damit weniger Autos auf der Strasse sind. Diejenigen Leute, welche die Initiative unterzeichneten, hatten bei der Unterschriftsleistung weder ein Preisschild, noch eine Ahnung betreffend der nötigen Busgrösse. Erst mit der Unterbreitung der stadträtlichen Vorlage war bekannt, über was man eigentlich diskutieren kann. So sind ihr Personen bekannt, die die Initiative wohl unterschrieben haben, diese nun aber wohl nicht mehr unterstützen werden, weil sie damals davon ausgegangen waren, dass der Ortsbus mit Kleinbussen betrieben wird. Sie persönlich könnte es auch unterstützen, wenn das Geschäft nochmals an den Stadtrat zur Überarbeitung zurückgewiesen würde. Dann könnte vom Stadtrat auch die eventuell günstigere Variante eines Ruf-Taxi noch geprüft werden, obwohl eine solche Lösung nicht mit den Forderungen der Initianten identisch wäre. Sie wird eine schlaue und attraktive Lösung für Liestal unterstützen, welche die Leute zum Umsteigen auf den öV bewegen würde, doch dies trifft bei der vorliegenden Vorlage nicht zu, weshalb sie diese leider ablehnen muss.

Vreni Wunderlin (CVP)/EVP/GLP informiert, dass der Verein Senioren für Senioren vor einiger Zeit eine Umfrage im Gebiet Langhag/Hanro durchgeführt hatte, bei welcher es um die Ausweitung des Fahrdienstes ging. Das Echo war gleich null. Zu beachten ist, dass das Angebot nur für die Vereinsmitglieder war. Sie ist sich aber nach wie vor nicht sicher, ob der

Ortsbus-Bedarf wirklich vorhanden ist oder ob Preis und Leistung wett gemacht werden können. Sie ist eine öV-Befürworterin, ist aber nach Vorliegen des BPK-Berichtes recht verunsichert.

Hanspeter Zumsteg (GL) führt im Zusammenhang mit der Ökobilanz aus, dass er diesbezüglich gemachte Aussagen nicht einfach so stehen lassen kann. Die Ortsbusse würden rund 50'000 Kilometer fahren. Die Initiative verlangt Kleinbusse, mit welchen rund 20 Personen mitgenommen werden können und der Treibstoffverbrauch dürfte sich bei 8'000 Litern und nicht bei 60'000 Litern bewegen, wie dies vorgängig erwähnt wurde. Durchschnittlich fährt ein Auto rund 15'000 Kilometer im Jahr und der Treibstoffverbrauch dürfte bei 1'000 Litern liegen. Und wenn nur gerade einmal 8 Autos aus Liestal weniger auf der Strasse wären, weil deren Besitzer gänzlich auf den öffentlichen Verkehr umsteigen würden, wäre die Ökobilanz bereits wieder quitt. Man sollte im Zusammenhang mit der Ökobilanz nicht falsche Zahlen gebrauchen, wenn man den Ortsbus aus rein finanziellen Gründen ablehnt.

Benjamin Holinger (GL) findet, dass zu diesem Geschäft schon sehr viel gesagt und auch falsche Zahlen verwendet wurden. So kostet der Ortsbus nicht 3 Steuerprozent, sondern rund 1 Steuerprozent. Und auch die vom BPK-Präsidenten erwähnten 8 Haltestellen müssten erst bei einer definitiven Ortsbus-Einführung realisiert werden. Entweder will man einen Ortsbus oder man will keinen, egal was er kostet und was er bringt. Und in der Politik sind auch Entscheide unter Berücksichtigung des demografischen Wandels zu fällen. So ist es halt eine Tatsache, dass die Bevölkerung immer älter wird. Nach der heutigen Ständeratsdiskussion ist es absehbar, dass die Benzinpreise nicht unwesentlich ansteigen werden. Und weshalb sollte man nicht bereits heute der Liestaler-Bevölkerung die Möglichkeit bieten, gänzlich auf den öV umzusteigen? Auch haben wohl viele Ratsmitglieder in die Glaskugel geschaut und dort beispielsweise gesehen, wie viele Fahrgäste in den Ortsbussen sitzen werden. Mit dem Pilotprojekt mit einem abgesteckten Rahmen möchte man ja etwas testen, weil man die Risiken und den Nutzen nicht kennt. Nach der Testauswertung braucht es dann nur noch etwas Innovation und Mut und genau diese Dinge fehlen ihm in der heutigen Debatte hier im Einwohnerrat.

Markus Rudin (SVP) hält fest, dass der angegebene Treibstoff-Verbrauch beim Autokauf in meist tiefer als später in der Praxis ist. Er hat Erfahrungen betreffend dem Treibstoffverbrauch in der Feuerwehr. So wurde bei einer heutigen Fahrprüfung mit 127 Kilometern Distanz 95 Liter Diesel verbraucht. Generell ist es so, dass bei Lastwagen und Bussen insbesondere beim Kurzstreckenverkehr und mehreren Halten der Treibstoffverbrauch einiges höher ist. Und so wird auch ein grosser Ortsbus mehr anhalten und Treibstoff verbrauchen als ein Kleinbus, da er schon alleine wegen der Fahrzeuglänge vermehrt einen Zwischenhalt wegen falsch parkierten Autos, Fussgängern usw. einlegen muss.

Hanspeter Meyer (SVP) findet die heutigen Diskussionen und Voten zum Teil befremdend sowie diverse Argumente nicht haltbar. Die Bedürfnisse sind halt unterschiedlich und bei Wünschen muss abgewogen werden, ob diese erfüllt oder eben nicht erfüllt werden können. Er unterstützt den vermehrten öV-Umstieg grundsätzlich auch. Die Ruftaxi-Lösungsvariante für das Langhagquartier und auch das Projekt Sicherternbus ist bereits früher gescheitert. Die Ergebnisse der BPK sind halt nunmehr vernichtend und deshalb kann der Ortsbus auch nicht so realisiert werden. Er wird sich gegen eine Ortsbus-Einführung entscheiden.

Dominik Beeler (GL) erinnert daran, dass der Einwohnerrat erst vor kurzer Zeit mit einer Resolution den Klimanotstand ausgerufen hatte. Und zwischenzeitlich sollte allen bewusst sein, dass wir unsere Lebensweise komplett ändern müssen. Und hinsichtlich der Mobilität lässt sich das Problem nicht lösen, wenn man beispielsweise einfach das Benzin verteuert und keine Alternativen für die Autofahrer anbieten kann.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) bemerkt, dass über das Geschäft nun schon recht ausführlich diskutiert wurde, man nun auf Wiederholungen verzichten und sich kurz fassen möchte.

Thomas Eugster (FDP) möchte als BPK-Präsident noch einige Präzisierungen machen. Wie im BPK-Bericht unter "Linienführungen" festgehalten wird, ist es nicht klar, ob die Bushaltestellen an der Rosenstrasse bzw. Kantonsstrasse möglich sein werden. Es ist fraglich, ob der Kanton etwelche Bushaltestellen bewilligen wird. In der Abschätzung von 4 Ortsbus-Nutzern sind auch die Schüler eingerechnet.

Als Einwohnerrat möchte er persönlich festhalten, dass die Rosenstrasse auch beim vorliegenden Geschäft wieder ein Hotspot ist. Ausser beim NKL und der einten Wohnsiedlung dürfte aber auch an der Rosenstrasse das Ortsbus-Bedürfnis nicht gross sein. Und auch die NKL-Besucher dürften selbst bei einem vorhandenen Ortsbus nach wie vor das Auto benutzen, da sie meist von auswärts kommen.

Marianne Quensel (SP) fasst sich kurz und stellt fest, dass in der heutigen Debatte mehrmals zum Vorschein gekommen ist, dass man sich für die Wachstumsstrategie entschieden hatte, obwohl man immer wusste, dass man diese nicht gratis verfolgen kann. Mit den neuen Quartieren wächst auch die Bevölkerungszahl und die Bedürfnisse der Einwohnerschaft. Auch nebst der Klimafrage müsste man nun endlich den Mut haben und sich für den Ortsbus-Pilotversuch aussprechen, obwohl es kosten wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, er habe wohl mit seiner vorherigen Umzugsempfehlung und dem Vorschlag für das zügeln ins Altersheim bei fehlender Mobilität wohl einige Leute vor den Kopf gestossen. Er wollte eigentlich sagen, dass Junge ja durchaus von Vorteilen in solchen Quartieren profitieren können und sollen, hingegen aber nicht dann einfach im Alter beim Staat Forderungen wegen der fehlenden Mobilität stellen sollten. Zukunftsorientiert muss er sich hinsichtlich der Mobilität auch fragen, ob der Bus mit Dieselbetrieb tatsächlich das richtige Verkehrsmittel sei. In ein paar Jahren werden wir wohl auch schon mit selbstfahrenden Elektromobilen unterwegs sein. Abschliessend stellt er fest, dass der Ortsbus an der heutigen Ratssitzungen nicht definitiv verhindert werden kann. Denn bei einer Ablehnung durch den Einwohnerrat würde schlussendlich der Souverän an der Urne in einer Volksabstimmung entscheiden. Der Einwohnerrat kann heute verbindlich höchstens über die Buslinienführung entscheiden und dieser Entscheid wäre dann auch Bestandteil der Urnenabstimmung.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) hält fest, dass es sich um eine nichtformulierte Initiative handelt und an der heutigen Sitzung wird über die Umsetzung des Gegenvorschlages entschieden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) betont, dass ihm von einem BPK-Mitglied mitgeteilt wurde, dass der Vorschlag und Beschluss des Einwohnerrates erst dann umgesetzt würde, wenn dieser auch an der Abstimmung eine Mehrheit finden würde. Spätestens bei der anschließenden Abstimmung müsste dieser Punkt klar sein.

▪ *Stadtrat*

Stadtrat Franz Kaufmann bemerkt, dass die Diskussion doch zeige, welches schwierige Problem die Initianten uns übergeben haben. Entsprechend lang war auch die Bearbeitungszeit im Stadtrat gewesen und für die Nichteinhaltung der Fristen möchte er sich an dieser Stelle nochmals entschuldigen. Nach Eingang der Initiative ist nach Lösungen gesucht worden, die einen Mehrwert für Liestal ergeben. Die Initiative ist ernst genommen worden und so versteht er den Vorwurf an die Adresse des Stadtrates nicht ganz, dass dieser nun etwas vorschlägt, was die Initianten gar nicht wollten. Mit der stadträtlichen Vorlage ist die Machbar-

keit und Umsetzung der Initiative aufgezeigt worden. Und so wird im Einleitungstext festgehalten, dass vom Stadtrat die Variante 3 bevorzugt wird, da mit dieser ein grosses Gebiet abgedeckt werden kann. Die stadträtlichen Anträge sind jedoch keine Varianten-Anträge sondern schlagen lediglich ein dreijähriges Pilotprojekt mit dem dafür notwendigen Kredit vor. Und erst nach dem Einwohnerratsentscheid würde die Ausschreibung für den Ortsbusbetrieb und alsdann die Umsetzung veranlasst. Die Dauer des dreijährigen Pilotversuches ist nötig, da solche Versuche auch eine gewisse Anlaufzeit benötigen, bevor aussagekräftige Werte vorliegen. Im Moment ist der Stadtrat und die Verwaltung an der Erarbeitung des Budget 2020 und dies ist ein schmerzhafter Prozess. Sollte der Rat heute den Ortsbus beschliessen, so müsste der Stadtrat dem Einwohnerrat wohl eine Verzichtsplanning vorlegen.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) schlägt vor, dass nun über die Anträge abgestimmt wird. Nebst den Anträgen des Stadtrates und der BPK sind nun heute auch noch die Anträge der SP-Fraktion sowie der Grünen Fraktion eingegangen.

- *Beratung und Abstimmung über Anträge*

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass nebst dem BPK-Antrag 1 für die Variante 1 nun auch noch der Gegenantrag der SP-Fraktion für die Variante 2 vorliegt.

Peter Küng (SP) stellt fest, er habe bereits vorher den SP-Antrag betreffend der Variante 2 begründet. Nach seinem Verständnis ist der SP-Antrag nicht als Gegenvorschlag zur Initiative zu verstehen. Mit der stadträtlichen Vorlage stimmt ja der Stadtrat der Initiative zu, ansonsten hätte er ja gar keine Vorlage vorgelegt. Und wenn der Einwohnerrat nun die stadträtlichen Anträge ablehnt, würde das Geschäft wieder an den Stadtrat zurück gehen.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) ist ebenfalls der Meinung, dass es sich bei den stadträtlichen Anträgen um die Umsetzung der Initiative geht.

Stadtpräsident Daniel Spinnler merkt an, dass der Stadtrat und auch der Einwohnerrat mit Vorlagen im Zusammenhang mit Initiativen nicht so geübt sind. Am Schluss ist ja doch die Frage entscheidend, ob man der Initiative folgen möchte oder nicht. Wenn diese Frage bejaht wird und gegen diesen Entscheid nicht das fakultative Referendum ergriffen wird, gibt es keine Volksabstimmung und der Stadtrat kann sich mit der Umsetzung befassen. Natürlich kann der Einwohnerrat an der Umsetzung herumschrauben und beispielsweise über verschiedene Varianten diskutieren und beschliessen. Der Stadtrat hatte bewusst keine Varianten vorgeschlagen oder beantragt. Bei einer Ablehnung käme es logischerweise zu einer Volksabstimmung. Bei der nichtformulierten Initiative wird es dann aber schwierig, einen Gegenvorschlag wie beispielsweise die Variante "Ruf-Taxi" zu unterbreiten. Somit sollte zuerst die Bereinigung der Umsetzungsvorschlag bzw. Varianten bereinigt werden und dann über die Annahme oder Ablehnung der Initiative abstimmen.

Thomas Eugster (FDP) hält betreffend der vorgängig erwähnten Wachstumsstrategie fest, dass wegen diversen Quartierplanungen insbesondere im Heidenlochgebiet die Bevölkerung wesentlich zunehmen wird, doch ist ja dort die öV-Anbindung mit Bushaltestellen usw. gewährleistet. Und schlussendlich wird auch noch der allerletzte Spickel im Hanro-Gebiet gut an den öV angeschlossen sein. Und der SP-Antrag betreffend der Variante 2 zu Gunsten der Rosenstrasse verhält nicht, da an der erwähnten Strasse auch kein Ortsbus-Bedarf besteht. Es wird sich überhaupt nicht bewahrheiten, dass mit der von der SP-Fraktion vorgeschlagenen Variante 2 viel mehr Leute auf dem Ortsbus haben wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, dass betreffend der unterschiedlichen Varianten auch die Verbindlichkeit ein Thema ist. Doch § 122 Abs. 4 des Gemeindegesetzes besagt, dass bei nichtformulierten Begehren dem Einwohnerrat beantragt wird, im Sinne des Begehrens zu beschliessen. Und § 123 besagt, dass formulierte und nichtformulierte Begehren der Urnenabstimmung nicht unterliegen, wenn ihnen der Einwohnerrat Folge gibt. Vorbehalten bleiben das obligatorische und fakultative Referendum. Begehren, die der Einwohnerrat ablehnt, sind innert 1 Jahr seit Einreichung der Urnenabstimmung zu unterstellen. Der Einwohnerrat kann jedem Begehren einen Gegenvorschlag gegenüberstellen. Hat das Volk einem nichtformulierten Begehren Folge gegeben, so hat der Einwohnerrat innert 1 Jahr im Sinne des Begehrens zu beschliessen.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) führt aus, dass über die zitierte Rechtslage bereits vorgängig vom Stadtpräsidenten informiert wurde.

Beat Gränicher (SVP) teilt mit, er habe als Ersatzmitglied an einer BPK-Sitzung teilgenommen, an welcher die Ortsbusinitiative behandelt wurde. Damals wie heute habe er einen Kopf wie ein Wespennest mit all den Varianten-Diskussionen, Argumentarien usw. Die Meinungen sollten nun doch klar sein, weshalb er beliebt macht, dass nun über die Anträge abgestimmt wird.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zu den beiden Anträgen betreffend der ersten Abstimmung keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Dem Antrag 4.1 der Bau- und Planungskommission (BPK) für eine Linienführung der Ortsbuslinie in den Quartieren Langhag/Hanro gemäss Variante 1 der Vorlage Nr. 2019/138 stimmen 25 Ratsmitglieder zu.

Dem Antrag der SP-Fraktion für eine Linienführung gemäss Variante 2 stimmen 7 Ratsmitglieder zu.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) erklärt, dass nun über den 1. Stadtrat-Antrag und den BPK-Antrag 2 abgestimmt wird.

Peter Küng (SP) meint, dass der Stadtrat in seiner Vorlage Nr. 2019/138 die Variante 3 vorschlage.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) erwidert, dass es sich dabei um eine Empfehlung und keinen Antrag handelt.

Michael Durrer (GL) sagt, dass die ablehnenden BPK-Anträge 4.2 und 4.3 den stadträtlichen Anträgen nicht gegenüber gestellt werden müssen. Es muss nur über die beiden Stadtratsanträge abzustimmen. Hingegen müsste noch den beiden stadträtlichen Anträgen der Antrag der GL-Fraktion für einen 2-jährigen Probetrieb und tieferem Bruttokredit abgestimmt werden.

[Gemäss Mitteilung von Ratspräsident Werner Fischer wird die Sitzung für eine kurze Pause zur Beratung des Abstimmungsprozedere unterbrochen.]

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) legt dar, dass nach der ersten Abstimmung nun in der zweiten Abstimmung über die Linienführung gemäss Variante 3 des Stadtrates und die Linienführung gemäss Variante 1 der BPK abgestimmt wird. Aus dem Rat werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Der stadträtliche Antrag für eine Linienführung gemäss Variante 3 der Vorlage Nr. 2019/138 wird von 5 Ratsmitgliedern unterstützt.
Der Antrag der Bau- und Planungskommission (BPK) für eine Linienführung der Ortsbuslinie in den Quartieren Langhag/Hanro gemäss Variante 1 der Vorlage Nr. 2019/138 wird grossmehrheitlich von 24 Ratsmitgliedern unterstützt.

Michael Durrer (GL) informiert, dass der Antrag der Grünen Fraktion für eine verkürzte Probezeit von 2 Jahren zurückgezogen wird.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) informiert darüber, dass deshalb nur noch über die beiden stadträtlichen Anträge gemäss Vorlage Nr. 2019/138 abgestimmt wird.

://: Der stadträtliche Antrag für einen 3-jährigen Probebetrieb für einen Ortsbus in die Quartiere Sichern und Langhag/Hanro wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

://: Der Antrag des Stadtrates für die Bewilligung der Bruttokosten von total 1'430 TCHF (inkl. MWSt) zu Lasten der Einwohnerkasse, verteilt über 3 Jahre, wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) hält fest, dass nach dem ablehnenden Entscheid des Einwohnerrates somit die unformulierte Volksinitiative dem Volk an der Urne zur Abstimmung vorgelegt wird.

257 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Polizeireglement (ESL 700.1), Totalrevision (Nr. 2019/154)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Das Büro beantragt, dass die stadträtliche Vorlage zur Vorberatung an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) überwiesen wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, die Mittefraktion begrüsse die Revision und Aktualisierung des Polizeireglementes. Die Überweisung an die GOR wird ebenfalls unterstützt. Hingegen vermisse man die Synopse im Zusammenhang mit dem alten sowie neuen Reglement. Obwohl es sich um eine Totalrevision handelt, müssten doch die Änderungen bzw. Neuerungen zwischen dem alten und neuen Recht übersichtlich dargestellt werden. Die synoptische Darstellung müsste deshalb noch nachgereicht werden.

Loris Jeitziner (SP) orientiert, die SP-Fraktion befürworte ebenfalls eine Vorprüfung durch die GOR. Im Reglement sind einige Bestimmungen enthalten, die die unschöne Entwicklung betreffend der vermehrten Abgabe von Staatsaufgaben an Dritte unterstreichen. Eine diesbezügliche Diskussion müsste wohl schon einmal in der GOR geführt werden.

Markus Rudin (SVP) erklärt, es brauche schon eine Synopse für die GOR-Beratung. Seine Fraktion unterstützt ebenfalls die Überweisung der Vorlage an die GOR.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) meint, dass wohl eine Hundesteuer erhoben wird, jedoch wird die Erhebung einer Pferdesteuer im Reglement sowie das Littering wegen liegen gelassenem Kot von Pferden und Hunden nicht thematisiert.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2019/154 an die GOR zur Vorberatung überwiesen.

258 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Stadthalle Liestal - Bericht Stadtrat zum Postulat «Eine Stadthalle für Liestal» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2017/43)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Postulant für die Abklärungen sowie die Berichterstattung des Stadtrates im Zusammenhang mit seinem Vorstoss. Die Mutlosigkeit des Stadtrates in dieser Angelegenheit enttäusche in schon etwas. Ihm fehle etwas das Feuer, dass man für eine attraktive Kantonshauptstadt eine besondere Lösung sucht und etwas Phantasie walten lassen würde, zumal eine Kantonshauptstadt ohne Stadthalle wohl schon einmalig ist. Er ist sich bewusst, dass frühere Weichenstellungen wohl falsch waren, doch heute kann man ja immer noch Korrekturen vornehmen. In Liestal redet man immer wieder von Leuchtturm-Projekten und ein solches Projekt könnte ja auch eine Stadthalle für Liestal sein. Fakt ist, dass man in Liestal keinen Saal für mindestens 500 Personen hat und damit ist auch der Engelsaal keine wirkliche Alternative, dies unabhängig davon, von wem der Engelsaal betrieben wird. Verschiedene Vereine warten schon seit längerer Zeit auf eine solche Halle und weichen halt gar in Nachbargemeinden wie Lausen usw. aus, um dort gewisse Veranstaltungen durchführen zu können. Das Argumentarium betreffend den Belegungen in der Militärrhalle ist für ihn überhaupt nicht stichhaltig und nachvollziehbar. Das Fehlen der Küche als Infrastruktur bei der Militärrhalle wäre ja auch nicht so dramatisch, da ja meist Catering-Firmen bei Grossanlässen beigezogen werden, welche eine solche gar nicht vor Ort benötigen. Die Militärrhalle eignet sich durchaus für Grossveranstaltungen, was bei einigen Veranstaltungen in der Vergangenheit bereits bewiesen und bestätigt wurde. Ihm ist auch bewusst, dass es wichtigere und dringendere Wünsche sowie Projekte als eine neue Stadthalle gibt. Aber vielleicht könnte eine Stadthalle auch mit anderen Finanzierungsmodellen wie beispielsweise die Verwendung von Reingewinnen aus einem Stadtfest und weiteren Anlässen, ein Sponsoring wie bei einigen Fussballstadien usw. eher realisiert beziehungsweise finanziert werden. Er selbst wäre bereit, bei gewissen Lösungsfindungen mitzuschaffen. Auch dürften einige Vereine von Liestal sich bei einem solchen Projekt beteiligen und engagieren. Er stimmt den stadträtlichen Anträgen sowie der Abschreibung seines Postulates zu.

Thomas Eugster (FDP) dankt dem Postulanten für die Einreichung seines Vorstosses, denn das Fehlen einer Stadthalle ist in Liestal halt immer wieder ein Thema. Im stadträtlichen Bericht werden verschiedene Probleme aufgezeigt und man muss wohl oder übel den gemachten Aussagen von Eigentümern betreffend der Belegungsproblematik halt einfach glauben. Sollten sich jedoch Änderungen bezüglich der Nutzung sowie Belegung der Militärrhalle ergeben, sollte der Stadtrat die Verhandlungen wieder neu aufnehmen. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Stadtrat Franz Kaufmann weist darauf hin, dass der Stadtrat bei neuen Situationen und Möglichkeiten auch das Projekt Stadthalle immer wieder überprüft und in Erwägung zieht. So beispielsweise eine mögliche Nutzung der Schauenburg-Turnhalle nach dem Wegzug der Gewerbeschule usw. Denn auch im Zusammenhang mit den fehlenden RML-Räumlichkeiten wurde auf einmal eine Lösung gefunden. Er habe selbst den Belegungsplan der Militärrhalle gesehen und auch er musste feststellen, dass diese auch beim besten Willen der Bevölkerung sowie den Vereinen nicht auch noch zur Verfügung gestellt werden könnte. Bei verschiedenen Anlässen wie beispielsweise beim Rostab-Cabaret ist zudem noch zu beachten, dass beispielsweise die doppelte Hallenfläche noch zusätzlich für Proben und rückwärtige Arbeiten zur Verfügung stehen muss. So sind ja auch in der Kirche nur Konzerte möglich, weil man im Martinshof nebenan noch auf weitere Räumlichkeiten und Infrastrukturen zurückgreifen kann. Auch beim Engelsaal fehlen solche Lokalitäten und Einrichtungen, weshalb

dieser auch nur beschränkt genutzt werden kann. Auch der Stadtrat wird wegen dem Stadthallen-Projekt weiterhin wachsam bleiben und dieses Projekt in Angriff nehmen, sobald sich eine finanzier- und realisierbare Lösung abzeichnen würde.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2017/43a.

://: Das Postulat Nr. 2017/43 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Werner Fischer (FPD) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Werner Fischer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann